

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen Überblick über die Themen der vergangenen parlamentarischen Sitzungswoche geben. Dabei informiere ich Sie über den Berufsbildungsbericht der Bundesregierung und über die Soforthilfe für die Flutopfer. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin. Dies ist mein vorläufig letzter Bericht aus Berlin, denn bei der vergangenen Sitzungswoche handelte es sich um die letzte in der 17. Wahlperiode. Mit Ihrer Stimme können Sie am 22. September dazu beitragen, daß ich weiterhin die Interessen Mannheims in Berlin vertreten kann.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

## HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Berufsbildungsbericht
2. Schnelle Soforthilfe für Flutopfer
3. Gesetz zum Vertrag über den Waffenhandel
4. Relevantes aus Mannheim und der Region



## **1. Berufsbildungsbericht der Bundesregierung**

Der aktuelle Berufsbildungsbericht der Bundesregierung beschreibt die derzeitige Lage auf dem Ausbildungsmarkt, die für die jugendlichen Auszubildenden hervorragend ist. Dank der guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland gibt es eine Rekordzahl von offenen betrieblichen Ausbildungsplätzen in Deutschland. Sie ist doppelt so groß wie die Zahl der unversorgten Bewerber. Deutschland hat die niedrigste Jugendarbeitslosenquote in Europa. Die hohe Qualifikation der Auszubildenden und die enge Anbindung ihrer Ausbildung tragen dazu erheblich bei. Das bewährte Modell der dualen Ausbildung eignet sich als „Export-schlager“ und sollte verstärkt über Initiativen deutscher Auslandsschulen zur Grundlage des Auf- und Ausbaus ähnlicher Ausbildungsgänge in europäischen Nachbarländern werden. Ein weiteres Zeichen der Attraktivität unserer betrieblichen Ausbildung ist die zunehmende Zahl von Jugendlichen aus unseren europäischen Nachbarstaaten, die nach Deutschland kommen und eine solche Ausbildung erhalten. Die christlich-liberale Bundesregierung plant, die bisherige Anzahl von 5.000 Auszubildenden aus den Nachbarländern noch deutlich zu steigern. Aus dem Bericht geht nämlich ebenfalls hervor, daß angesichts des demografiebedingten deutlichen Rückgangs der Bewerberzahlen viele kleine und mittlere Betriebe nicht den Nachwuchs anwerben können, den sie dringend brauchen. Die Bundesregierung hat dieses Problem erkannt und nutzt eine Mischung von verschiedenen Mitteln, um es beherrschbar zu gestalten. So soll die Attraktivität der Lehre auch bei studienbefähigten Jugendlichen gestärkt werden. Ebenfalls tragen wir Sorge dafür, daß unterqualifizierte Schulabgänger auf unterschiedlichsten Wegen nachqualifiziert werden.

## **2. Schnelle Soforthilfe für Flutopfer**

Die letzte Sitzungswoche dieser Wahlperiode stand auch im Zeichen der Hochwasserkatastrophe. Nicht nur Bundesregierung und Bundesrat kamen zu Sondersitzungen zusammen. Der Bundestag machte alles möglich, damit die nötigen Beschlüsse zur Bewältigung der Hochwasserfolgen in kürzester Zeit, nämlich noch im Laufe dieser Woche, getroffen werden können. Alle Fraktionen hatten Sondersitzungen anberaumt, um die nötigen Gesetzesänderungen zu beschließen und in den Bundestag einzubringen. Während das Hochwasser langsam zurückgeht, hat das Aufräumen vielerorts schon begonnen. Die exakte Höhe der Schäden kennen wir noch nicht, eines aber steht ohne jeden Zweifel fest: Die großartige Solidarität der Menschen in Deutschland. Ohne die Bereitschaft der vielen Helfer, freiwillig anzupacken und die Arbeit von Technischem Hilfswerk, Bundeswehr, Polizei und Feuerwehr zu unterstützen, wäre der Schaden viel schlimmer ausgefallen. Dies verdient unser aller Bewunderung und Hochachtung. Ihnen gilt unsere erste Aufmerksamkeit, auch mit der finanziellen Soforthilfe.

Desweiteren geht es darum, die enormen Schäden bei Privathaushalten und Unternehmen sowie an der Infrastruktur von Bund, Ländern und Kommunen zu beheben. Dazu sind in den kommenden Jahren erhebliche finanzielle Anstrengungen notwendig, die mit den gegenwärtig verfügbaren Haushaltsmitteln nicht finanziert werden können. Bund und Länder haben daher vereinbart, diese Aufgabe gemeinsam zu schultern. Dazu wird ein nationaler Solidaritätsfonds „Aufbauhilfe“ als Sondervermögen des Bundes errichtet. Der Fonds wird komplett durch den Bund vorfinanziert und über einen Nachtragshaushalt mit Mitteln in Höhe von 8 Milliarden Euro ausgestattet.

Die Kosten für die Instandsetzung seiner Infrastruktur übernimmt der Bund allein. An Schienen und Straßen wird mit Schäden in Höhe von 1,5 Milliarden Euro gerechnet. Allein die Bahn nimmt einen Milliarden-schaden an und hat schon jetzt einen Instandsetzungsbedarf von 200 Millionen Euro beziffert. Die restlichen 6,5 Milliarden Euro für die Aufbauhilfe teilen sich Bund und Länder zur Hälfte, wobei den Ländern für die Zahlung ihres Anteils ein Zeitraum von 20 Jahren zur Verfügung steht. Sie beteiligen sich an der Finanzierung durch die Übernahme von Zinsen und Tilgungen – von 2014 bis 2019 durch eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern und von 2020 bis 2033 durch direkte Zahlungen der Länder an den Bund. Gleichzeitig wurde beschlossen, die sogenannten Entflechtungsmittel, deren Zahlung an die Länder im Zuge der Föderalismusreform bis zum Jahr 2013 zugesichert worden war, bis 2019 unverändert weiter zu zahlen - und zwar in der Höhe von 2,6 Milliarden Euro jährlich. Dies soll zum Wiederaufbau der durch das Hochwasser zerstörten Infrastruktur genutzt werden. Die für diese Maßnahmen erforderlichen Gesetze und Änderungsgesetze hat der Bundestag in der vergangenen Woche zügig verabschiedet, damit die Hilfe bei den Betroffenen zügig ankommt.

Die Flut zeigt: Nicht nur die Menschen in den betroffenen Gebieten packen gemeinsam an. Auch das Zusammenspiel zwischen ehren- und hauptamtlichen Helfern funktioniert. Und die Bundesregierung ist auch im Hinblick auf Krisen im Land in der Lage, schnell und wirksam die nötigen Hilfen rechtlich und finanziell abzusichern. Es ist keine Frage: In Zeiten der Not stehen wir zusammen zum Wohle unseres Landes.

### **3. Gesetz zum Vertrag über den Waffenhandel**

In zweiter und dritter Lesung hat der Bundestag das Gesetz zur besseren weltweiten Kontrolle des Waffenhandels beschlossen. Mit der Ratifizierung des von den Gremien der Vereinten Nationen ausgehandelten Vertrags, an dessen Entstehung die Bundesregierung intensiv beteiligt war, nehmen wir einen wichtigen Schritt hin zur erstmaligen Festlegung international verbindlicher Regeln zum Transfer von Rüstungsgütern. Das Abkommen, das von mindestens 50 Staaten der Weltgemeinschaft ratifiziert werden muß, um in Kraft zu treten, kann in Zukunft dazu dienen, bewaffneten Konflikten vorzubeugen, den Schutz der Menschenrechte durchzusetzen, aber auch Terrorismus und Kriminalität einzudämmen.

### **4. Neues aus Mannheim und der Region**

#### **Krankenhäuser bekommen Finanzspritze**

Der Bundestag hat Soforthilfen für Krankenhäuser in Höhe von 1,1 Milliarden Euro beschlossen. Damit sollen insbesondere die stark gestiegenen Personalkosten der Kliniken ausgeglichen werden. Dies ist eine gute Entscheidung für die Krankenhäuser in unserer Stadt. Schon ab dem 1. August 2013 werden die Hilfgelder unbürokratisch ausgezahlt. Für jede ab diesem Zeitpunkt abgerechnete Behandlung erhalten die Krankenhäuser zusätzlich ein Prozent des Rechnungsbetrages. Im Jahr 2014 bekommen sie dann 0,8 Prozent als Zuschlag auf den Rechnungsbetrag. Maßnahmen zur Verbesserung der Krankenhaushygiene fördert die Bundesregierung zudem mit insgesamt 55 Millionen Euro in diesem und im nächsten Jahr. Das Geld kann unbürokratisch fließen. Damit kommt es Ärzten, Pflegekräften und vor allem Patienten schnell zu Gute. Die Krankenhäuser können jetzt für dieses und das kommende Jahr auf einer soliden Finanzbasis

planen. Wir stellen damit einmal mehr unter Beweis, daß uns eine gute medizinische Versorgung am Herzen liegt.

## **Forderung nach Ende der Gewalt in der Türkei**

Die angespannte Lage in der Türkei verfolge ich mit großer Sorge, sowohl als Mitglied des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe als auch als Stadtrat von Mannheim, da der berühmte Taksim-Platz, an dem die Demonstrationen begannen, zum Istanbuler Stadtbezirk Beyoğlu gehört. Beyoğlu und die Stadt Mannheim pflegen seit 2011 eine Städtepartnerschaft. Ich freue mich darüber, daß wir in der Gemeinderatssitzung einen Antrag, in dem wir den türkischen Ministerpräsidenten dazu auffordern, die Gewalt gegen die Demonstranten sofort zu beenden, einstimmig verabschiedet haben. Wir zeigen uns so solidarisch mit den friedlich demonstrierenden Menschen in Beyoğlu und der restlichen Türkei, die nur ihre demokratischen Rechte ausüben. Ursprünglich begannen die Demonstrationen wegen geplanter Baumfällarbeiten nahe des berühmten Taksim-Platz. Doch mittlerweile steht die Regierung, insbesondere Ministerpräsident Erdogan, wegen geplanter Gesetzesänderungen und nicht zuletzt wegen des unangemessen harten Vorgehens gegen die Demonstranten im Zentrum der Kritik. Viele seiner Kritiker fürchten um die strikte Trennung zwischen Religion und Staat aufgrund der Reformvorhaben der türkischen Regierung. Inzwischen droht Ministerpräsident Erdogan den Demonstranten sogar mit einem Militäreinsatz. Die türkische Regierung muß sofort mit dem unverhältnismäßig aggressiven Vorgehen gegen ihre Kritiker aufhören. Außerdem fordere ich die Regierung unter Erdogan auf, die demokratischen Grund- und Menschenrechte zu respektieren. Hierzu gehört auch das Recht auf freie Meinungsäußerung, das unter allen Umständen auch in der Türkei geschützt bleiben muß. Die türkische Regierung hat hier nach meiner Beurteilung noch viel Nachholbedarf.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: [egon.juettner@bundestag.de](mailto:egon.juettner@bundestag.de)

Internet: [www.egon-juettner.de](http://www.egon-juettner.de)